

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat
Niederschrift über die 24. Beiratssitzung am 03. September 2013
- Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, Bremen -
Beginn 19:00 Uhr, Ende 22:10 Uhr

Anwesend waren:

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Große-Lindemann, H. Fricke, A. Strausdat -

B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen, M. Hornhues -

B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt, Dr. H. Schmidtman-

R. Tegtmeier -

F. Rath -

vom Kinder- und Jugendbeirat

D. Hartlage

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

Auszubildende: Herr Backhaus und Herr Kerkesner

*

A Öffentlicher Teil

Herr **Ortsamtsleiter Boehlke** eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke stellt **Herrn Thomas Backhaus** als neuen Auszubildenden im Ortsamt Burglesum vor.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist form- und fristgerecht zugegangen und wird einstimmig beschlossen.

TOP 1: Genehmigung der Protokolls vom 04.06.2013

Frau Schnaubelt möchte den TOP 5 um einen ihrer Wortbeiträge ergänzt haben, weil sich aus diesem erklärt, warum die Grünen getrennt abstimmen wollten. Es folgt eine Diskussion zwischen **Frau Schnaubelt** und **Herrn Hennig**.

Das Protokoll wird mit folgender Ergänzung einstimmig genehmigt: „**Frau Schnaubelt** sieht die geplante Beleuchtung der Brücke als negativ an. Bremen ist finanziell schlecht aufgestellt, so dass sie sich fragt, ob Bremen sich eine „blaue Brücke“ leisten kann, die teurer ist als eine reguläre Beleuchtung. Die Integration der Beleuchtung in den Park findet sie ebenfalls nicht gut, weil diese für Vögel einen Störfaktor darstellt.“

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

2.1 **Frau** [REDACTED], stellt einen Bürgerantrag wegen des Zustandes der Fußwege rund um die Häuser der Bremer Heimstiftung St. Ihsabeen und Haus Blumenkamp.

2.2 **Ein Bürger** beschwert sich über den Spiegel gegenüber der Einmündung Billungstraße/ Auf dem Hohen Ufer. Dieser wäre, obwohl blind, immer noch nicht ausgetauscht.

TOP 3: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates

Dirk Hartlage berichtet über die neue Betreuung des Kinder- und Jugendbeirates durch die AWO.

TOP 4: Vorhabenbezogener Bebauungsplan 56 (mit Vorhabenplan 56) zum Vorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum, nördlich Lesumer Heerstraße, östlich Eichenhof, südlich Friedehorstpark und westlich Brunnenhofstraße (Wohnbebauung Eichenhof)

- Beteiligung als Träger öffentlicher Belange -

hierzu Maximilian Donaubauer, Bauamt Bremen-Nord, Jens Crome, Geschäftsführer Vorhabenträger „Hansehaus Contor GmbH & Co. KG, Herr Lars Lemke, BPW baumgart und partner, Herr Uwe Steenken, Sachverständigenbüro Baumpflege, Baumstatik und Vegetationsermittlung

Vor Beginn des TOP erklären sich **Martin** und **Bettina Hornhues** für Befangen gem. § 20 Beirätegesetz und nehmen im Publikum Platz.

Herr Boehlke schildert zunächst den Sachverhalt: Es geht um die Bebauung von vier Mehrfamilienhäuser auf dem Gelände der ehemaligen katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul. Das Gelände hat eine Größe von rund 6.300 qm.

Eine frühzeitige Beteiligung des Beirates ist am 20. November 2012 erfolgt. Es gab einen einstimmigen Beschluss des Beirates bei einer Enthaltung:

„Der Beirat Burglesum begrüßt das geplante Bauvorhaben „Wohnbebauung Eichenhof“.

Es ist zu prüfen, ob ein Anteil an sozial geförderten Wohnraum erstellt werden kann.

Der Spielplatz ist, in enger Abstimmung mit dem Amt für soziale Dienste, auf dem Grundstück zu erstellen.

Ausgleichspflanzungen sollen auf dem Grundstück, wenn das nicht möglich ist, zumindest in der näheren Umgebung erfolgen.

Für das Bauvorhaben ist ein Grünordnungsplan zu erstellen.

Darüber hinaus bittet der Beirat das Ortsamt und das BBN, eine Einwohnerversammlung gemäß § 3 (1) BauGB einzuberufen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargestellt werden.“

Eine Einwohnerversammlung fand am 13. Februar 2013 statt. Es gab den Wunsch, die Anzahl der Baukörper zu reduzieren. Weitere Bedenken wurden zur Situation des ruhenden Verkehrs (über 20 oberirdische Parkplätze der früheren Kirchengemeinde) und zur Absicherung des vorhandenen Baumbestandes geäußert.

Die Öffentliche Auslegung des Planungsentwurfs fand vom 25.06. – 02.08.13 statt. Es hat sich eine Bürgerinitiative für eine umwelt- und anwohnerverträgliche Bebauung gegründet.

Heute wird der Beirat um eine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange gebeten.

Herr Lemke stellt zunächst das Vorhaben vor und erläutert das Verfahren (s. Anlage 1).

Herr Strausdat stellt fest, dass das Amt für Straßen und Verkehr offenbar keinen Handlungsbedarf für Regelungen des ruhenden Verkehrs sieht. Wie viele Wohneinheiten und wie viele Parkplätze je Einheit sind geplant? Wo parkt der Besucherverkehr? Zum Baumbestand/ Baumgutachten möchte **Herr Strausdat** wissen, ob der gesamte Bestand erfasst ist und dieser während der Bauzeit geschützt wird. Überwacht z.B. eine Gartenbaufirma oder Bauleitung, ob der Baumschutz eingehalten wird?

Herr Lemke erläutert, dass es 34 Wohneinheiten, auf 4 Häuser verteilt, geben wird. Jede Einheit muss einen Stellplatz in der Tiefgarage nachweisen. Oberirdisch sind ca. 7-8 Besucherparkplätze geplant.

Herr Steenken: Der Baumschutz wird im Verfahren festgelegt. Die Vorschriften werden eingehalten, die Bäume in der Bauphase z.B. durch Ummantelungen etc. geschützt.

Herr Strausdat stellt fest, dass für 1-2 Fahrzeuge etwas wenig Parkfläche zur Verfügung steht. **Herr Lemke** sieht die Tendenz bei innerstädtischen Wohnorten, dass junge Leute eher kein Pkw mehr besitzen, zumal es sich in diesem Fall um ein gut angebundenes Gebiet handelt. Der erforderliche Stellplatznachweis ist nach landesrechtlichen Regeln erfolgt.

Herr Strecker hält einen Parkplatz pro Wohneinheit ebenfalls für zu gering.

Herr Rath fragt, ob bei diesem Bauvorhaben auch die 25%-Regelung für sozialen Wohnungsbau zum tragen kommt. **Herr Lemke** verneint dieses, weil das Projekt vor der Einführung der Regelung geplant wurde.

Herr Friesen sieht in dem Bau der Tiefgarage die größte Gefahr für den Baumbestand. **Herr Lemke** erwidert, dass deshalb ja ein Baumgutachten erstellt wurde.

Herr Dr. Schmidtman möchte wissen, ob der alte Apfelbaum auf dem Gelände erhalten bleibt, er hält ihn für schützenswert. **Herr Steenken** teilt mit, dass der Baum nicht erhaltenswert ist.

Herr Dr. Schmidtman sieht das anders, er hält den Baum für einen Lebensraum für viele Lebewesen. Er ist gegen die Fülle der Baukörper und würde maximal 1-2 befürworten. Das Bauvorhaben ist ein massiver Eingriff und passt städtebaulich nicht. Das Gesamtbild wird gestört. **Herr Dr. Schmidtman** fragt, wer die Zielgruppe für die Wohnungen ist.

Herr Hennig regt an, die Spielplätze allgemein öffentlich zu machen. **Herr Crome** verneint dies, mit Hinweis auf die Haftungsfrage, Instandhaltungskosten und Rücksicht auf die zukünftigen Eigentümer.

Herr Hennig sieht diese Weigerung als Grund, das Bauvorhaben abzulehnen.

Frau Schnaubelt hat eine weitere Frage an **Herrn Steenken**: Sie befürchtet negative Folgen für die Bäume wegen der großen Tiefgarage. **Herr Steenken** bestätigt, dass bei einer Grundwasserabsenkung die Bäume „zu kämpfen“ hätten. **Frau Schnaubelt** fragt, ob es nach einer Absenkung nicht auch zu Spätfolgen kommen könnte. Dies verneint **Herr Steenken**, weil sich der Wasserhaushalt wieder einpendelt. Eine langfristige Absenkung ist ohnehin nicht vorgesehen.

Herr Boehlke äußert sich zu den Spielplätzen: Eine Spielraumanalyse hatte vor einigen Monaten ergeben, dass es im Bereich des Bauvorhabens keine Spielmöglichkeiten gibt. So ein Bauvorhaben wäre ja auch ein „Geben und Nehmen“. Zunehmender Verkehr soll von den Anwohnern toleriert werden, eine Spielplatzfläche ist sowieso zu erstellen. Deshalb kann er diese strikte Ablehnung zur Öffnung des Spielplatzes nicht nachzuvollziehen.

Herr Donaubauer: Innerhalb der Wohnanlage müssen Spielmöglichkeiten vorhanden sein, jedoch beinhaltet das keine automatische Öffnung. Diese könnte Gegenstand eines Erschließungsvertrages sein, aber es gibt hierfür keine rechtliche Grundlage im Rahmen der Bauleitplanung.

Herr Crome: Grundsätzlich gibt es Spielräume für alle möglichen Verhandlungen. Man sollte sich jedoch auch in die Lage der Käufer versetzen. Der Spielplatz liegt zwischen zwei Häusern. Wer möchte schon einen öffentlich zugänglichen Spielplatz vor der eigenen Terrasse haben? Eine Kompromisslösung kann man jedoch eventuell mit **Herrn Donaubauer** besprechen.

Frau Punkenburg: Ist es richtig, dass der Spielplatz nicht nur aus Haftungsgründen sondern auch wegen Lärms nicht geöffnet werden soll? **Herr Crome** nennt als wesentliche Gründe die Haftungsgründe und die Instandhaltungskosten.

Weitere kontroverse Diskussion mit Wortbeiträgen von **Herrn Hennig, Herrn Dr. Schmidtman, Frau Schnaubelt, Herrn Strecker** und **Herrn Friesen**.

Herr Hennig stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um Aussetzung der Abstimmung bis zur Klärung der Frage nach Öffnung des Spielplatzes.

Beschluss: 9 Ja-Stimmen (6 SPD, 1 Die Linke, 1 BIW, 1 Bündnis 90/Die Grünen), 5 Nein-Stimmen (2 CDU, 3 Bündnis 90/ Die Grünen)

Der Beirat nimmt Kenntnis. Der Beirat setzt die Beratung über die Abgabe seiner Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 56 bis zur Klärung der Frage nach der öffentlichen Zugänglichkeit des Spielplatzes in der Wohnanlage aus.

**TOP 5: Vorhabenbezogener Bebauungsplan 59 (mit Vorhabenplan 59) zum Vorhaben „Seniorenwohnanlage Zum Fichtenhof 1“
- Frühzeitige Beteiligung -**

hierzu Maximilian Donaubauer vom Bauamt Bremen-Nord, Robert Plötner, als Vorhabenträger, Philipp Rohmeiser, Architekt

Herr Boehlke begrüßt **Herrn Plötner**, Vorhabenträger, **Herrn Romeiser**, Architekt und **Herrn Donaubauer** vom Bauamt Bremen-Nord.

Herr Boehlke erläutert das Vorhaben. Es geht um die Planung eines Neubaus mit Neugestaltung des gesamten Bereichs. Heute findet eine frühzeitige Beteiligung des Beirats statt. Weitere Verfahrensschritte sind eine öffentliche Einwohnerversammlung im September, die öffentliche Auslegung des B-Plans sowie die TÖB-Beteiligung.

Herr Romeiser stellt zunächst die Planung mittels Power-Point-Präsentation vor (s. Anlage 2).

Herr Donaubauer erläutert, dass es sich um ein verkürztes Verfahren gem. § 13a Baugesetzbuch handelt. Es gibt Klärungsbedarf hinsichtlich Verträglichkeit im Hinblick auf die Größe des Baukörpers, Ver- und Entsorgung, Wohnen und Anlieferung etc. sowie dem Stellplatzbedarf.

Frau Fricke fragt, ob Fahrstühle vorhanden sein werden. **Herr Romeiser** bejaht das. **Frau Schnaubelt** vermisst eine Darstellung von der Straße „Am Lindenberg“. Der Klinker des Baukörpers wäre auch eher untypisch für die Umgebung. Der Baukörper ist auch zu massiv. **Herr Plötner** teilt mit, dass die Visualisierung sehr kurzfristig erstellt wurde. Die fehlenden Ansichten werden nachgeliefert. Die Abstände zur Straße „Am Lindenberg“ seien durchaus noch in Ordnung.

Frau Lauterbach-Wenig hat optisch wenig Einwände, sieht eher Probleme bei der Pflege im Dachgeschoß des Hauses.

Frau Hornhues sieht das Bauvorhaben als Gewinn für die Örtlichkeit und empfindet die Optik nicht als störend. Es haben sicher viele aus der Umgebung Interesse an einem Pflegeplatz im näheren Umfeld.

Frau Fricke möchte wissen, wie tief die Balkone sind.

Herr Dr. Schmidtman findet die Planung insgesamt in Ordnung, würde eine neue Einkaufsmöglichkeit allerdings bevorzugen. Er findet den Baukörper zum Lindenberg zu massiv. Die Bauflucht ist nicht eingehalten und problematisch ist die Stellplatzfrage.

Herr Romeiser teilt mit, dass ca. 16 Stellplätze benötigt werden. Zum Lindenberg werden Mitarbeiterstellplätze errichtet, es ist mit keinem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen.

Herr Dr. Schmidtman kritisiert den zu erwartenden Anlieferverkehr.

Herr Plötner teilt mit, dass die Anlieferung hauptsächlich vom Fichtenhof erfolgen wird und über die Straße „Am Lindenberg“ lediglich die Müllabfuhr fährt.

Herr Rath findet die Planung grundsätzlich sehr gut. Die Zielgruppe wäre jedoch eher der wohlhabende Rentner, der „Standardrentner“ wird sich diese Unterbringung sicher nicht leisten können. **Herr Plötner** sieht das Preissegment im oberen Drittel.

Es folgt eine Wortmeldung aus dem Publikum sowie von **Herrn Hennig** und **Frau Lauterbach-Wenig**.

Beschluss (einstimmig)

Der Beirat nimmt Kenntnis und bittet das Ortsamt und das Bauamt Bremen-Nord, eine Einwohnerversammlung gemäß §3 (1) BauGB einzuberufen, in der die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung dargestellt werden.

TOP 6: Vergabe der Beiratsmittel 2013 / 2.Rate

Der Vorsitzende teilt mit, dass **Frau Müller-Lang** sich für die heutige Beiratssitzung entschuldigen lässt. **Herr Boehlke** verliest eine Erklärung von **Frau Müller-Lang** zur lfd. Nr. 4 „Planungskosten für Beleuchtung Burger Brücke“

„Mir ist es leider nicht möglich, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Dennoch soll meine Zustimmung für die unter Nr. 4 genannten Planungskosten für die Burger Brücke in Höhe von 4.000 Euro nicht fehlen, die ich hiermit einbringen und wie folgt begründen möchte:

Eine LED-Beleuchtung der Burger Brücke bewirkt eine Kostenreduzierung gegenüber der herkömmlichen Stromversorgung. Bereits jetzt dürfte jedem bekannt sein, dass sich die Energiepreise in absehbarer Zeit beträchtlich erhöhen werden. Eine Amortisation der Mehrkosten für diese geplante LED-Beleuchtung wird sicherlich eintreten.

Im Übrigen sind auch für eine Beleuchtung herkömmlicher Art Planungskosten zu erwarten. Ich sehe mit der Installation einer LED-Beleuchtung für den Neubau der Burger Brücke eine nicht wiederkehrende Chance, dem Ortsteil Burg-Grambke ein ganz besondere Note zu verleihen. Nicht nur Burglesum würde aufgewertet durch die Besonderheit dieser neuartigen Lichtquelle. Profitieren würde dadurch sicherlich auch ganz Bremen-Nord.“

Vor der Abstimmung erläutert **Frau Hornhues** die einzelnen Punkte. Es wurde teilweise Einzelabstimmung beantragt.

Herr Hennig erklärt, dass die SPD-Fraktion zu lfd. Nr. 3 gerne für die Ausstattung des Schachklubs ihre Zustimmung geben würde, jedoch nicht für eine Festschrift.

Beschluss:

lfd. Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragsbetrag €	Bewilligte Summe €
1.	TURA	3 Kajaks für Leistungssport auf dem Sportparksee Grambke	1.700,00	<i>1.175,00 einstimmig</i>

2.	Kreissportbund	Herbstferienprogramm	300,00	300,00 einstimmig
3.	Schachklub Bremen-Nord	Druck einer Festschrift zum 100. jährigen Jubiläum	1.000,00	Abgelehnt mit 10 Nein-Stimmen und 6 Ja- Stimmen
4.	SUBV	Beleuchtung Burger Brücke Planungskosten 1. Rate	4.000,00	4.000,00 12 Ja-Stimmen, 4-Nein (Grüne)
5.	Zwergenland e.V.	Umbaumaßnahmen sowie Neuanschaffung im Elternverein	2.030,00	1.000,00 Zunächst Abstimmung über volle Summe (auf Antrag Grüne) abgelehnt bei 6 Ja und 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung Abstimmung über 1.000,- einstimmig
6.	DLRG Bremen- Nord	Ersatzbeschaffung von 2 UKW- Handfunkgeräten	1.338,22	1.338,22 einstimmig
7.	futureSHOCK	Kunst- und integrationspädagogisc hes Jugendbildungs- und Ausstellungsprojekt	1.000,00	1.000,00 einstimmig
8.	KiTa St. Magnus	Einbau einer Hochebene	850,00	850,00 einstimmig
9.	Sportschützen Bremen e. V.	Anschaffung von 2 Laser- Simulationsgewehren	1.998,00	999,00 einstimmig
10.	AMeB / Begegnungs- stätte „Luise Morgenthal“	Errichtung eines Bewegungsparcours im Alwin-Lonke- Quartier	3.000,00	3.000,00 Einzelabstimmung auf Antrag BIW Bewilligt bei 15 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme
11.	Beirat / Ortsamt	Stadtplan für den Wohnmobilplatz „Im Pohl“	500,00	500,00 einstimmig
12.	Beirat / Ortsamt	Aufstellung von Bänken + Anschaffung von Spender-Plaketten	1.300,00	1.300,00 einstimmig
13.	Beirat / Ortsamt	Unterstützung des Pilot-Projektes „tagesstrukturierte Maßnahmen für Substituierte“		3.000,00 einstimmig
14.	Beirat / Ortsamt	Intensivierung der Städtepartnerschaft zur Stadt Ilsenburg / Kosten für einen Reisebus	650,00	650,00 einstimmig

**TOP 7: Nachwahl eines Mitgliedes für den Ausschuss für
Soziales, Jugend und Senioren
(Vorschlagsrecht Bündnis 90/Die Grünen)**

Frau Punkenburg schlägt Frau Sabine Saupe Smith vor.

Ergebnis: einstimmig gewählt.

**TOP 8: Nachwahl eines Mitgliedes für den Ausschuss für
Bildung und Kultur
(Vorschlagsrecht Bündnis 90/Die Grünen)**

Frau Punkenburg schlägt Herrn Ekkard Hasselmann vor.

Ergebnis: einstimmig gewählt.

TOP 9: Mitteilungen des Ortsamtes

keine

TOP 10: Mitteilungen der Beiratssprecherin

keine

**TOP 11: Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten
(bitte möglichst schriftlich)**

Frau Hornhues möchte für die nächste Beiratssitzung oder für den nächsten Bildungsausschuss einen Sachstandsbericht zum Bauvorhaben Paul-Goldschmidt-Schule haben.

Herr Strecker hat eine Nachfrage zum Beiratsmittelantrag Nr. 13: Was sind tagesstrukturierende Maßnahmen? **Der Vorsitzende** beantwortet die Frage direkt.

Herr Große-Lindemann: Zwischen Burgdammer Straße und Camminer Straße ist im Bereich des Bunkers dringend ein Rückschnitt der Bäume / Büsche erforderlich.

Frau Lürßen regt an, die Geschwindigkeitsmesstafel „Unter den Linden“ stadtauswärts aufzustellen.

Herr Hennig kritisiert die nicht mehr stattfindende Baustellenkoordination seitens des Amtes für Straßen und Verkehr und bittet das Ortsamt, sich der Thematik anzunehmen.

Herr Rath teilt dem Gremium mit, dass er sein Beiratsmandat aus gesundheitlichen Gründen bis auf weiteres ruhen lassen will. **Frau Hornhues** und **Herr Boehlke** bedanken sich bei Herrn Rath für die gute Zusammenarbeit im Sinne des Stadtteils Burglesum.

Herr Boehlke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 22:10 Uhr.

Florian Boehlke
Vorsitzender

Bettina Hornhues
Sprecherin des Beirates

Sabine Hell-Nogai
Protokoll